

Pressemitteilung zum Thema „Offenes WLAN an Frankfurter Schulen“

Schul-WLAN für alle? – Klar, aber ohne ungeschützte Sparmodelle und Privatisierung!

14 Pilotschulen sollen mit WLAN ausgestattet werden. Was schon lange geplant ist, kommt jetzt in der Praxis an. Schließlich entstammt die Planung dem Integrierten Schulentwicklungsplan aus dem Jahre 2015 – hier wurde festgelegt, dass dies erprobt werden soll. Seitdem sind einige Jahre vergangen und wenig passiert. Insofern ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass es für diese 14 Schulen endlich umgesetzt werden soll. Ein Grund für die Verzögerung waren wohl zusätzliche Wünsche der Frankfurter CDU, die deshalb die Umsetzung dieses Projektes bisher blockiert hat. Und die jetzt erfolgte Berücksichtigung dieser Wünsche ist es, die neue Probleme schafft. Denn neben der Möglichkeit eines Zugangs über das pädagogische Netz, das sowohl den Jugendschutz als auch einen personalisierten Zugang sicherstellt, soll es für die beteiligten Schulen eine zweite, offene Variante geben. Dies bedeutet, dass sich jeder einloggen und alle Inhalte, die das Internet so bietet, aufrufen kann. Man könnte also auch sagen: Nicht nur offen, sondern vor allem ungeschützt. Dies halten wir an einem Ort, an dem Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse sind, für vollkommen inakzeptabel.

Es gibt gute Gründe und viele Möglichkeiten, in Unterricht Computer und andere moderne Medien sinnvoll zu nutzen. Dafür sollen alle Frankfurter Schulen auch die notwendige Technik und Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen. Und wenn sie es wünschen auch WLAN. Aber eben eines, bei dem sichergestellt ist, dass es nicht anders genutzt wird. An ein offenes WLAN knüpfen sich viele Fragestellungen, die nicht positiv zu beantworten sind. Was geschieht beispielsweise, wenn über das offene WLAN illegale Inhalte geladen werden - diese Frage erweitert sich um die Fragen der Überprüfung der sachgemäßen Nutzung desselben: durch Lehrer, Schulleitung, gar nicht? Mit welchem Arbeitsaufwand? Über ein offenes WLAN können auch Dritte sich sehr einfach Zugang zu den damit verbundenen Endgeräten von Schüler*innen, Lehrkräften und Schule verschaffen. Aus diesen Gründen ist ein offenes WLAN für Schulen abzulehnen. Nur eine Schule hat sich bisher für dieses Modell entschieden, aber das ist definitiv eine Schule zu viel.

Ebenso ungeklärt ist allerdings auch die zusätzlich ins Spiel gebrachte Variante, in Zukunft Schulen die Möglichkeit zu geben, WLAN über private Anbieter zu erhalten. Wie dies juristisch zu handhaben ist, bleibt unklar. Wer schließt hier mit wem einen Vertrag? Und welche Standards hat dann das WLAN? Hat die Schule Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, wenn sich Vertragskonditionen ändern, und welche Daten werden dann wo gespeichert? Wer überprüft die Einhaltung dieser Standards durch gewinnorientiert arbeitende Unternehmen?

Die GEW Frankfurt fordert alle Verantwortlichen auf, das Projekt „Offenes WLAN an Frankfurter Schulen“ nicht umzusetzen. Schulen sind Orte, an denen Schülerinnen und Schüler geschützt lernen und sich entwickeln sollen. Ein frei verfügbarer, unkontrollierter Internetzugang ohne Jugendschutz widerspricht diesem Grundsatz fundamental. Schulen, die WLAN wünschen, sollen dies auch schnell erhalten. Im Vordergrund sollte aber immer die pädagogische Arbeit und deren bestmögliche Unterstützung stehen. Dafür braucht es keine Experimente mit Sparmodellen und Privatisierungsideen.